

Änderungsantrag

der Abgeordneten Kornelia Möller, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, Dr. Herbert Schui, Dr. Axel Troost, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

– Drucksachen 16/11740, 16/11801 –

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 9 wird wie folgt geändert:

Nach der Nummer 2 wird folgende Nr. 2a eingefügt:

„2a. In § 124 Absatz 1 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.“

Berlin, den 10. Februar 2009

Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Fraktionsübergreifend ist festgestellt worden, dass die im Rahmen der Hartz-Reformen verkürzten Rahmenfristen zur Erlangung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld für eine Vielzahl von Personen- und Berufsgruppen ein Problem darstellt (siehe Protokoll des BT Ausschuss für Kultur und Medien vom 17.12.2008). Beschäftigte leisten zwar während ihrer abhängigen Beschäftigung Beiträge zur Absicherung gegen das Risiko Arbeitslosigkeit, erreichen aber oft keine ausreichenden Anwartschaften für einen Arbeitslosengeldanspruch. Dies betrifft nicht nur, aber insbesondere die Künstlerinnen und Künstler. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales teilt in seiner Antwort auf eine Schriftliche Anfrage mit Schreiben vom 30.01.2009 mit, dass ein Vorschlag vorläge, „die Rahmenfrist – auch zur Verbesserung der sozialen Situation anderer Personengruppen – wieder von zwei auf einheitlich drei Jahre zu verlängern.“ Dort wurde offensichtlich erkannt, dass durch die Verkürzung der Rahmenfrist viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Arbeitslosenversicherung und somit vom Anspruch auf Arbeitslosengeld I ausgeschlossen sind, ohne bislang gesetzgeberisch aktiv zu werden. Besonders angesichts der nun zu erwartenden steigenden Arbeitslosenzahlen ist hier dringender Handlungsbedarf gegeben. Spätestens jetzt sollte möglichst vielen Menschen der Zugang zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung eröffnet werden. Dadurch würden den zunehmend gebrochenen Erwerbsbiographien und der fortschreitenden sogenannten Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt Rech-

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

nung getragen werden. Insbesondere Menschen in unstetigen und oft prekären Arbeitsverhältnissen bedürfen dieses verbesserten Schutzes.

elektronische Vorab-Fassung*